

veranlaßt glaubt, die englischen Unterthanen bedrohen zu müssen, er werde sie der Rache der Chinesen überlassen, wenn sie in Zukunft nicht anders handelten. Hier in England aber machen diese Nachrichten den unangenehmsten Eindruck, weil man die Möglichkeit eines neuen Kriegs befürchtet. Der gegenwärtige Zustand des Landes würde einen solchen zu einer sehr drückenden Last machen. Die Tories fühlen, daß sie vor Allem an die innern Verhältnisse des Landes denken müssen; sie wissen, daß die Noth groß ist, und daß sich in den untern Volksklassen Gedanken und Gefühle zu regen anfangen, die immer gefährlicher werden. Sie haben den Frieden mit China als ein sehr glückliches Ereigniß angesehen und als ein solches ausgegeben. Würden sie abermals Krieg dort führen, so würden sie wenigstens Diejenigen, die sie mit der Beendigung des Kriegs gewinnen zu können glaubten, Diejenigen, die im Ereigniß allein den Finger des Geschicks und die Kunst des Lenkers der Regierungen sahen, unter denen die Ereignisse eintreten, wieder verlieren. Dann glaubte die jetzige Regierung Ersparungen machen zu müssen. Es war sicher nicht allein um der Phrasen in der Thronrede willen, daß die Tories sich zu denselben herbeiließen. Jedenfalls aber würden diese Ersparnisse mit einem Krieg in Asien wieder zu nichte und neue große Ausgaben nothwendig werden. Dann aber herrscht im Ganzen in England ein Geist der Erwartung der da kommenden Dinge, eine Art Ahnung bevorstehender großer Umgestaltungen. Nach allen Seiten hin blickt man mit Spannung, und als vor ein paar Monaten aus Afghanistan und aus China zugleich so gute Nachrichten einliefen, wurden dieselben um so besser aufgenommen, als man darin eine Widerlegung jener Befürchtungen fand. Das erklärt es denn von selbst, warum die Möglichkeit eines neuen Kriegs in China hier alle Welt höchst unangenehm berührt.

Frankreich.

Paris, 16. März.

Die Deputirtenkammer nahm in ihrer gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf über die bei der Aufnahme von notariellen Documenten zu beobachtenden Formlichkeiten mit 253 gegen 36 Stimmen an, bewilligte ohne alle Erörterung mit 296 gegen 2 Stimmen die von der Regierung für Guadeloupe geforderten $2\frac{1}{2}$ Mill. Fr. und begann dann eine Berathung über die aus der Staatskasse für die Eisenbahn zwischen Bordeaux und Teste verlangte Anleihe von 2 Mill. Fr. Die Fortsetzung dieser Berathung wurde bis zur heutigen Sitzung vertagt. — Die mit Berichterstattung über den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Runkelrübenzuckerfabrikation gegen Entschädigung der Fabrikanten beauftragte Commission hat nach langen Berathschlagungen endlich entschieden, auf Verwerfung dieses Plans antragen zu wollen. Sie soll geneigt sein, das vom deutschen Zollverein angenommene System, den Runkelrübenzucker im Verhältnisse zur Vermehrung seines Verbrauchs allmählig immer höher zu besteuern, zu empfehlen.

— Dr. Barrachin verfolgt noch immer seine fixe Idee, die Türkei umgestalten zu können. In einem ausführlichen Schreiben, welches die Gazette de France veröffentlicht, beklagt er sich bitter, daß seit zwölf Jahren auch nicht ein einziger französischer Minister, obwohl er sich an alle gewendet, auf seine Ideen eingehen gewollt, alle vielmehr in Bezug auf das Schicksal der Türkei in der Zukunft den Grundsatz aufgestellt hätten: Kommt Zeit, kommt Rath. Das Ideal, was er verwirklichen möchte, wenn es ihm nicht an den dazu nöthigen Mitteln gebricht, schildert er so: „Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts durch Erhaltung des osmanischen Reichs, mit Beschränkung der Ausdehnung unter dem Namen Ottomanien, gesichert durch Emanicipation der Rajas zur vollständigen Gleichheit der bürgerlichen, religiösen und politischen Rechte. Demgemäß Wiederherstellung eines asiatischen Kaiserthums am Bosphorus mit Thracien und den asiatischen Provinzen: über 46,000 Quadratlies. 2) Vergrößerung des griechischen Staats durch Rückgabe von Kaudien, Epirus, Albanien, Thessalien und Macedonien. 3) Begründung einer katholischen Monarchie in Syrien mit Cyprien. 4) Unabhängigkeit Aegyptens und der Barbarenstaaten, Begründung von Monarchien daselbst, vollständige Begründung eines arabischen Reichs unter Mohammed-Ali's Dynastie, mit dem Titel eines Königs oder Padischah und zweier Königreiche in Tunis und Tripolis. 5) Eröffnung der Landenge von Suez mit Freiheit für alle Nationen gegen Durchgangsgebühren, die durch einen Vertrag bestimmt würden. 6) Errichtung eines unabhängigen Bundes der fünf Staaten Bosnien, Serbien, Bulgarien, Walachei und Moldau unter dem Namen Donaubund. Vertragmäßige Ordnung der Donauschiffahrt. Einführung des Code Napoleon in diesen Staaten!“

— Die H. Casimir und Germain Delavigne hatten auf die neuerdings in Frankreich hervorgerufene Aufregung gegen England speculirt und wollten unter dem Titel Charles VI. eine Oper zur Aufführung bringen, in welcher Hr. Halevy den stärksten Aufforderungen zu Haß und Kampf gegen England durch die Macht der Musik noch größern Nachdruck verliehen hatte. Die Theaterzensur widersetzte sich jedoch, und erst nach vielfachen Abänderungen, worunter besonders

eine sinnentstellende Umgestaltung des Rufes: „Krieg den Engländern!“ in „Krieg den Tyrannen!“ hervorgehoben wird, ist die Aufführung gestattet worden.

— Paris, 16. März. Der ministerielle Globe wickelt heute darüber, daß Hr. de Lamartine, welcher in seiner ersten diesjährigen Rede erklärte, er werde überall und jederzeit mit der Linken von nun an stimmen, in Betreff der Motion Sade zu Gunsten des Cabinets reden will. Der Globe möchte daraus den Schluß ziehen, daß Hr. de Lamartine nicht lange mehr an der Spitze der Opposition sich gefallen wird. Jedermann, der die oben erwähnte Rede des Hrn. de Lamartine gelesen hat, wird sich erinnern, daß, obgleich er wirklich darin erklärte, er werde in der Zukunft überall das Regierungssystem an der Seite der Opposition bekämpfen, er zu gleicher Zeit die Bemerkung hinzufügte, daß er in Betreff einiger weniger Specialfragen, worin er mit der Opposition nicht übereinstimmt, sich die Freiheit seines Votums vorbehalte. Die Ausschließung der Beamten aus der Kammer wurde vor einem Jahre durch Hrn. Ganneron in Vorschlag gebracht. Man erinnert sich, daß Hr. de Lamartine diesen Vorschlag damals bekämpfte. Um sich selbst consequent zu bleiben, kann und darf er die Proposition Sade, die nur eine Wiederholung jener des Hrn. Ganneron ist, nicht unterstützen. Würde er anders handeln, so könnte man ihm mit Recht vorwerfen, daß er mit dem Uebergange zur Opposition seine frühern Grundsätze verläugnet habe, was Viele noch zu glauben scheinen, weil sie bei der Beleuchtung des Benehmens des Hrn. de Lamartine nur oberflächlich verfahren und sich nicht die Mühe geben wollen, dergleichen vom bureau de l'esprit public des Hrn. Guizot in die Welt hinausgeschickte Gerüchte zu beleuchten. So könnte das Auftreten des Hrn. de Lamartine gegen die Ausschließung der öffentlichen Beamten als ein Widerspruch zu dem echten Princip der Volkrepräsentation ausgelegt werden, während es im Grunde nur die logische Folgerung der wahren politischen Gleichheit bildet. Was bezweckt die Proposition Sade? Etwa die absolute Ausschließung der Staatsbeamten, also die Aufstellung eines politischen Principes? Nicht im Geringsten. Sie strebt zuvörderst dahin, eine Scheidewand zwischen den Justiz- und den Verwaltungsbeamten zu ziehen. Während erstern der Zutritt in die Kammer eben so uneingeschränkt als bisher offen stehen soll, werden die letztern daraus verbannt. Und aus welchem Grunde? weil die erstern von ihrem Amte nicht abgesetzt werden können, da sie unabsetzbar (inamovibles) sind, während die andern, weil sie amovibles sind, leichter von den Ministern beherrscht und geleitet werden können. Wenn die Justizbeamten auf der einmal erhaltenen Stelle bleiben müßten, ohne eine Beförderung erwarten zu dürfen, ließe sich der Unterschied, den man zwischen ihnen und den politischen Beamten macht, einigermaßen rechtfertigen. Aber von dem einfachen Vertreter des Staatsanwaltes bis zum Präsidenten eines Obergerichts hinaus, wie viele Klassen von Beförderungen gibt es nicht, wodurch das Cabinet das Gewissen der Justizbeamten, die in der Kammer sitzen, kaufen kann! Haben wir z. B. nicht vor einem Jahre Hrn. de Golbery gesehen, den Hr. Guizot durch die Beförderung von dem Posten eines Gerichtsraths zum Generalprocurator in Colmar aus einem der erbittertesten Gegner zu einem der eifrigsten Verteidiger des Cabinets vom 29. Oct. machte? Wenn also ein Ministerium auf die Justizbeamten eben so leicht als auf die politischen und Verwaltungsbeamten die Bestechungskunst ausüben kann, gibt es einen hinlänglichen Grund, um gegen die letztern ein absolutes Verdammungsurteil zu sprechen? Die Stärke eines Staates wie des jetzigen Frankreich seit der Julirevolution besteht in der Einheit und Gleichheit aller Staatskräfte. Die Proposition Sade räumt den Justizbeamten eine Bevorrechtung vor den Verwaltungsbeamten ein. Die Einführung von besondern Kassen ist mit vielen Gefahren verbunden. Die Geschichte Frankreichs lehrt uns, daß das Parlament, wie es früher bestand, aus einem Justizkörper sich eigenmächtig in eine politische Institution verwandelte, welche das Land beherrschte. Wer ist uns Bürge dafür, daß wir nach Ausschließung der politischen Beamten aus der Kammer nicht lauter Generalprocurators dafür erhalten, mit deren Hülfe dann die Regierung die ihr beliebigen Gesetze noch leichter als gegenwärtig in der Kammer durchsetzen wird? Man muß den Einfluß, den ein Staatsprocurator, vorzüglich in der Provinz ausübt, kennen, um sich zu überzeugen, daß die Annahme der Proposition Sade bei den nächsten Wahlen uns im Allgemeinen mehr solche Beamte in die Kammer senden würde, als an politischen und Justizbeamten zusammen gegenwärtig im Palais Bourbon sitzen. Was würde Frankreich gewinnen, wenn die Zahl der Dupin, Hervé, Hello und Anderer in der Kammer vermehrt würde? Nichts Anderes als neue Einschränkungen der bürgerlichen Freiheit. Darum ist die Proposition Sade keine nützliche Reform, so lange sie nicht ein radicales Mittel in Vorschlag bringen wird, um der Bestechlichkeit der Staatsbeamten für immer Ein-

ha
an
fa
ih
die
fo
Fr
po
se
we
eif
24
fin
za
d'
mi
me

m
gr
nich
ha
hän
den
die
que
läu
den
eine
ter
zwa
dab
libe
sege
liche
und
geis
Mi
lich
mei
fene
viel
den
Ges
gef
stell
ben
mif
Gut

*
zu
seiner
der
Man
die
sonde
zu
Bun
bered
der
Entw
ten
dunge
inter
überal
Begr
aber
Müß
Baier
das
g
fol
die
rüstig
enger
über